

Medienmitteilung Bankgeheimnis

Thema	Grünliberale begrüßen den Entscheid des Bundesrates
Für Rückfragen	Martin Bäumle, Tel. 079 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 323 05 30, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	13. März 2009

Grünliberale begrüßen den Entscheid des Bundesrates

Die Grünliberalen begrüßen das Entscheidungs-Paket des Bundesrates. Einerseits sieht das Paket vor, dass in Einzelfällen, und nur bei begründetem Verdacht, auch bei Steuerhinterziehung Amtshilfe geleistet werden kann. Damit kann sich die Schweiz der Gefahr entziehen, am 2. April auf die schwarze Liste gesetzt zu werden. Die Risiken für die Volkswirtschaft und den Finanzplatz werden damit vermindert. Andererseits begrüßen die Grünliberalen, dass damit das Bankgeheimnis im Inland unangetastet bleibt und dass keine Gesetze geändert werden müssen. Mit diesem Entscheid wird der Schweizer Finanzplatz zumindest vorläufig aus der Schusslinie genommen.

Der Bundesrat, unterstützt von seiner Expertengruppe, hat hier einen vernünftigen Schritt unternommen, der verhindern kann, dass die Schweiz auf die schwarze Liste der G20 kommt. Bei der Neuverhandlung der Doppelbesteuerungsabkommen muss jedoch sichergestellt werden, dass der Kundenschutz der bisherigen Kunden vollumfänglich gewahrt bleibt und dass diese neuen Regelungen erst nach Genehmigung der Doppelbesteuerungsabkommen in Kraft treten. Hingegen gehört mit der neuen Regelung die Forderung nach einem automatischen Informationsaustausch vom Tisch. Damit wird der Kern des Bankgeheimnisses bewahrt.

Der Finanzplatz Schweiz hat genügend Stärken, um sich mit dieser neuen Regelung zu behaupten. Dazu gehört die politische Stabilität des Landes, das grosse Fachwissen, die Qualität der Dienstleistungen und die eigene Währung.

Jetzt auch in London durchgreifen

Singapur und Hongkong sowie Österreich und Luxemburg wollen die OECD Bestimmungen nun ebenfalls übernehmen, womit teilweise gleiche Spieße geschaffen werden. Es ist nun aber zwingend, dass England mit seinen Offshore-Plätzen sich ebenfalls den OECD-Regeln unterzieht.